

Gefahr fürs Grundwasser

Zu: „Lager für giftige Erde“, FR-Regional vom 7. Januar

Als ich im November zur Demo zum Flughafen fuhr, staunte ich, dass auf dem ehemaligen Betriebsgelände ein großer Wall Erde aufgeschüttet war. Nanu, was ist das? Ich erfuhr bald aus der Presse, dass im Zuge des Baus von Terminal 3 Erdreich ausgebagert und entsorgt (zwischenlagert?) würde. Die Stadt und auch der Kreis Groß-Gerau protestierten und verlangten eine „immissionsrechtliche Genehmigung der Lagerung“. 600 000 Kubikmeter belasteter Boden bergen schließlich die Gefahr, dass durch Auswaschungen giftige Substanzen (PFC, polyfluorierte Chemikalien) ins Grundwasser gelangen.

Jetzt liegen die Planunterlagen in den Rathäusern bis 6. März aus. Die Bürger haben die Möglichkeit der Einsichtnahme und können Einwendungen machen. Zuerst werden Fakten geschaffen, und dann springen die Behörden hinterher und genehmigen. So wird es sein! Oder glauben Sie, dass die grüne Regierungspräsidentin, der grüne Verkehrsminister, die grüne Umweltministerin diesen Umweltfrevler stoppen? Oder wird die Fraport-Aktienmehrheit (Land Hessen, Stadt Frankfurt) andere Möglichkeiten suchen und finden, um diese Gefahr auszuschalten? Und glauben Sie, dass in fünf Jahren, so lange soll das Material dort lagern dürfen, eine Alternative gefunden wird?

Rudolf Dötsch, Mörfelden-Walldorf

Jahrein jahraus dem Wetter ausgesetzt

Die nun als Aushub zu lagernde giftige Erde war doch, bevor sie zum „Aushub“ wurde, normaler (?) Boden „in der Landschaft“. Bereits enthalten (wie lange schon?) in diesem die Giftstoffe. Der Boden war jahraus jahrein den Wetterbedingungen ausgesetzt, und es war wohl im Untergrund keine, wie auch immer geartete Schutzschicht vorhanden. Die polyfluorierten Chemikalien müssten (ganz oder teilweise) eigentlich längst über Niederschläge ins Grundwasser gelangt sein. Oder? Reinhard Joppe, Frankfurt

4000 Eidechsen

Zu: „Eidechse könnte zum Problem werden“, FR-Wirtschaft vom 11.1.

Im Zusammenhang mit dem durch Stuttgart 21 notwendig gewordenen Abstellbahnhof in Untertürkheim bei Stuttgart weisen Sie darauf hin, dass auf dem Gelände für das noch nicht baugenehmigte Projekt etwa 4000 Eidechsen einer streng geschützten Eidechsenart leben, „die ein Problem für Stuttgart 21 werden“ können. Sollte es nicht umgekehrt lauten: „Abstellbahnhof für Stuttgart 21 wird ein Problem für geschützte Eidechsenart“? Peter Leiß, Berlin



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Anschließend Diskussion. Anmeldung unter info@genusskomplizen.net.
Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr
Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt

Bascha Mika, Katja Thorwarth und **Sonja Thomaser** lesen im Hate Slam irre, böse und wahnsinnige Leserbriefe an die Redaktion.
Sonntag, 26. Januar, 19 Uhr
Neues Theater Höchst, Antoniterstraße 18, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Das hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun

Dresdner Elbufer: „Schnee aus ‚grünem Strom‘“, FR-Sport vom 10. Januar

Greenwashing für eine blöde Aktion

Verzicht! Kultur entsteht durch Verzicht. Der verstorbene Nürnberger/Bethanger Galerist Hansfried Defet sagte einmal: Zivilisation ist, dass man etwas hat, z.B. Schneeproduktionsanlagen, Kultur ist, dass man das dann auch benutzt. Manchmal ist Kultur aber auch, dass man etwas nicht benutzt. Jedem Kind bringt man bei, dass nicht immer alles geht, dass es natürliche Grenzen gibt. Die Damen und Herren Großsportveranstalter meinen aber, sich über alles hinwegsetzen zu können. Geld wird ja bloß gedruckt, die Sponsoren machen offenbar alles mit. Aber Strom ist wie alles auf der Welt begrenzt, grüner Strom zurzeit schon gleich dreimal. Wenn er weg ist, ist er weg. Dieses Greenwashing für eine so blöde Aktion ist unerträglich. Wenn wir so weiter machen, brauchen wir dann für eine Wüstenrallye Dakar-Dresden 2050 auch keine Millionen Kubikmeter Sand mehr mit Elektro-LKW ankarren, dann haben wir hier sowieso bald Wüste.

Karsten Neumann, Nürnberg

Für Klimaschutz ohne Wenn und Aber

Sind die politisch Verantwortlichen des Landes Sachsen und des Stadtrats in Dresden von allen guten Geistern verlassen? Wenn es keinen Schnee gibt, dann kann der Skilanglauf nicht stattfinden! Wenn wir dem Klimawandel mit geeigneten Maßnahmen begegnen wollen, dann müssen wir unseren Lebensstil radikal verändern. Das heißt, auch die Sportevents müssen auf den Prüfstand im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Ich bin entsetzt, dass die Skiweltcupsprecherin Möckel sich



Kunstschnee in Dresden für einen Skilanglauf-Weltcup.

DPA

mit dem lapidaren Satz „Wir nehmen die Kritik von Umweltschützern ernst“ im Interview äußert und dann noch damit punkten möchte, dass der Schnee aus 3000 Tonnen Regenwasser mit grünem Strom erzeugt wurde. Dieser Wahnsinn ist ja in unseren Touristengebieten in den Alpen leider schon lange bittere Realität, und beim Abschied vom Biathlonstar Laura Dahlmeier wurde das Schalker Fußballstadion in eine Schneelandschaft verwandelt. Die Tatsache, dass der Schnee danach mit 30 Lastwagen in den Thüringer Wald gefahren wurde, hat mit Nachhaltigkeit nun wirklich nichts zu tun!

Wären die Verantwortlichen in Dresden so intensiv damit beschäftigt, eine arbeitsfähige Kenia-Koalition auszuhandeln und haben daher die massiven Umweltprobleme vor ihrer Haustür nicht wahrgenommen? Oder haben sie sich etwa nicht getraut, der Sportlobby mitzuteilen, dass im neuen Koalitionsvertrag ausgehandelt wurde, den Klimaschutz als Staatsziel in die Ver-

fassung aufzunehmen? Was war mit den Grünen los, sie sind immerhin die stärkste Fraktion im Dresdner Stadtparlament? War es nicht möglich, Mehrheiten gegen dieses umweltschädliche Projekt zu bilden und für Klima- und Umweltschutz ohne Wenn und Aber einzutreten? Wie wäre es, dem Ansinnen einmal mit kreativen Ideen zu begegnen? Mein Vorschlag: Skilanglauf mit Skiern auf Rollen, wie für das Sommertraining.

Ich bin Mitglied bei den Grünen und finde, dass meine Partei mehr Mut und klare Positionen zum Klimaschutz zeigen müsste. Ich empfehle allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, sich ein Vorbild an „Fridays for Future“ zu nehmen. Als Pflichtlektüre empfehle ich darüber hinaus die aufrüttelnde Veröffentlichung: „Ihr habt keinen Plan - Darum machen wir einen - 10 Bedingungen für die Rettung unserer Zukunft“, kompetent und leidenschaftlich entwickelt durch den Jugendrat der Generationen-Stiftung. Dagmar Feddern, Norderstedt

Persönliche Daten getrackt

Zu: „Die Cloud demokratisiert das Internet“, FR-Wirtschaft vom 4. Januar

Wir bezahlen die Dienste der Internetplattformen Google, Facebook, Amazon etc. mit unseren persönlichsten Daten. Kürzlich wurde z.B. bekannt, dass Facebook die Daten von Menstruationszyklus-Apps auswertet, um die Nutzerinnen noch besser zu betreuen. Sex-Häufigkeit, Regelmäßigkeit der Periode, Stärke der Blutung, Periodenprodukte, Gemütszustand, Eisprung, Art der Verhütung wurden „getrackt“. Natürlich gibt es auch massenhaft genaueste Persönlichkeitsprofile über Arbeit, Religion, Politik, Krankheit etc.

Alle diese „Dienste“ werden in Clouds gespeichert und analysiert. Annette Maier von Google Deutschland sagt, dass dies vielen Nutzern nicht bewusst ist. Die Daten würden „streng vertraulich“ behandelt. Sie sind „durch extrem feinmaschige Sicherheitsmaßnahmen“ geschützt. Trotzdem erklärt sie, dass kritische Daten ja auf eigenen Rechnern gespeichert werden können. Im Übrigen seien

wir alle „selbst verantwortlich, was mit unseren Daten passiert“. Ein Missbrauch ist also offensichtlich möglich! Ein Horrorszenerario wäre die Totalüberwachung der Bevölkerung. Da sich die Clouds in den USA befinden, können sie dort selbstverständlich ausgewertet werden.

Ob man Frau Maier und den Internetkonzernen vertraut, muss man sich überlegen. Notwendig ist eine demokratische Kontrolle der Internetunternehmen. Insofern ist die Anregung des Wirtschaftsministers Altmaier zu begrüßen, ein europäisches, demokratisch kontrolliertes Cloud-Netzwerk zu schmieden. Im Übrigen sollte der deutsche Datenschutzbeauftragte die Bevölkerung auf die möglichen Gefahren hinweisen. In den USA scheint man den Ernst der Stunde zu erkennen. Elizabeth Warren, die Präsidentschaftsbewerberin, will Google, Facebook und Amazon notfalls zerschlagen.

Dietrich Klingmüller, Bonn

Politik duldet Notstand

Zu: „Pflegerisiko muss kalkulierbar werden“, FR-Wirtschaft vom 4.1.

Die Expertenanalyse von Tim Szent-Ivanyi bringt keine neuen Erkenntnisse zum Pflege-notstand, auch gibt es keinen Hinweis zu Finanzierung. Die Kaste der Berufspolitiker interessiert sich mehr für das eigene Ego, die Twitterbilanz und Talkshow-Quoten. Über den Pflege-notstand wird nur ergebnislos gequasselt. Die Berufspolitiker sind privat versichert und können sich im Alter eine „private Polin“ leisten, wozu sich dann um das gemeine Volk kümmern!

Dabei wurde die einmalige Chance vertan, um für eine gerechte Bezahlung der Pflegekräfte zu sorgen! Die dafür benötigten fünf Milliarden hätten ohne großen Aufwand aus dem Soli dauerhaft finanziert werden können. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hätte das sicherlich gerne akzeptiert! Berthold Zehetbauer, Hattersheim